

Änderungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anja Hajduk, Anna Lührmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/750, 16/1310, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006
(Haushaltsgesetz 2006)**

**hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Reduzierung des Ansatzes in Einzelplan 10 Kapitel 10 03 Titelgruppe 01 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – in Höhe von 70 Mio. Euro wird um 50 Mio. Euro zurückgenommen. Der neue Ausgabeansatz beläuft sich demnach auf 665 Mio. Euro.

Berlin, den 20. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft stellt die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen und Probleme, denn die Landwirtschaft bietet aufgrund der Produktivitätsfortschritte eine immer geringere Zahl an Arbeitsplätzen – und zwar auch dann, wenn die Flächen vollständig weiter bewirtschaftet werden. Damit diese Regionen wirtschaftlich intakt bleiben und Abwanderung und Bevölkerungsrückgang vermieden werden, müssen für sie neue wirtschaftliche Perspektiven entwickelt werden und neue Arbeitsplätze jenseits der traditionellen Landwirtschaft entstehen.

In der ländlichen Entwicklung ist eine Förderpolitik erforderlich, die nachhaltige Lebensmittelproduktion, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, Tourismus, modernes Handwerk und Dienstleistungen statt agroindustrieller Großproduktion stärkt. In diese Richtung müssen die Agrarhaushalte sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene umgeschichtet werden.

Die deutliche Schwächung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums im Regierungsentwurf 2006 ist in Höhe von 50 Mio. Euro zurückzunehmen.